

13./XII. 1915

142

Abminderungs-Konferenz

Erfolg gehabt; er sei der Meinung, man solle in vorsichtiger Weise durch die Presse die Bevölkerung auf die Notwendigkeit der Impfung aufmerksam machen.

Die Gem.-Räte Steiner, Leitner, Schmid, Dr. Hein und Skar et sprechen sich ebenfalls für eine diesbezügliche Aufforderung durch die Presse aus.

Der Bürgermeister wird von der Konferenz ermächtigt, an die Journale eine entsprechende Notiz zu leiten.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilt mit, daß die Kohlenfrage als gelöst zu betrachten sei und ladet die Mitglieder der Konferenz ein, die städtische Kohlendepotie am Westbahnhofe zu besichtigen. Der Abverkauf erfolge dort im großen und im kleinen; die Koks-vorräte in den Gaswerken seien reichlich. Am Nordbahnhofe lagern 62.000 t Kohlen.

Der Bürgermeister bespricht sodann die am 6. Jänner in den Tagesblättern erschienene offizielle Kundmachung der Regierung in der Frage der Höchstpreise für Getreide und Mehl. Diesem Kommuniqué, welches einer gewissen Tendenz gegen die Gemeinde nicht entbehre, wolle er folgende Tatsachen gegenüberstellen:

„Sofort nach Eintritt des Kriegszustandes, am 28. Juli 1914, habe er an den Ministerpräsidenten eine Eingabe gerichtet, in der um entsprechende Ermäßigung der Zölle auf Getreide, Mehl und sonstige Lebensmittel aus dem Vertragsauslande für Lieferungen an die Gemeinde Wien und andere autonome Stadtverwaltungen zu gemeinnützigen Approvisionierungszwecken ersucht wurde. Gleichzeitig seien alle Statutargemeinden eingeladen worden, sich diesem Schritte anzuschließen.

Bald darauf, am 12. August 1914, sei er in Erkenntnis der Verhältnisse und in Voraussicht der kommenden Ereignisse an die k. k. Regierung mit der Forderung herangetreten, Höchstpreise für Getreide festzusetzen, um hiedurch die entsprechende Versorgung der Hauptstadt mit Brotfrüchten und Mehl zu ermöglichen und sicherzustellen.

Am 14. August sei die Regierung aufgefordert worden, die Zölle für Getreide und Mehl gänzlich aufzuheben.

Am 30. September 1914 sei er mit den Parteiohmännern des Gemeinderates beim k. k. Ministerpräsidenten in Audienz erschienen, um neuerlich und eindringlich unter Hinweis auf die steigende Tendenz der Mehlpriese die Festsetzung von Höchstpreisen für Getreide im Großhandel und andere im Interesse der Approvisionierung Wiens gelegene Maßnahmen, insbesondere die Aufhebung der Getreidezölle und die Bestimmung eines Mahllohnes für Mühlen zu verlangen.

Diese Schritte hätten insofern einen Erfolg gehabt, als am 9. Oktober durch eine Verordnung der beteiligten Ministerien die Zölle für Getreide, Hülsenfrüchte, Mehl und Mehlprodukte außer Kraft gesetzt worden seien.

In der Stadtrats-Sitzung vom 29. Oktober sei nach seinem Berichte und Antrage folgende Resolution beschlossen worden:

„Bereits am 12. August 1914 hat die Gemeinde Wien an die Regierung die Aufforderung gerichtet, Höchstpreise für das Getreide festzusetzen.

In der Audienz, welche die Vertreter der Gemeinderatsparteien unter Führung des Bürgermeisters bei dem Herrn Ministerpräsidenten am 30. September hatten, wurde diese

Forderung erneuert. Leider hat sich bisher die Regierung nicht entschließen können, diese berechnete Forderung zu erfüllen.

Der Wiener Stadtrat sieht sich in Anbetracht der fortwährend steigenden Mehlpriese genötigt, geradezu in letzter Stunde an die Regierung zu appellieren, mit der Festsetzung von Höchstpreisen für die Brotfrüchte und für Kartoffeln nicht länger zu zögern und endlich gegen das absichtliche Zurückhalten von Vorräten und die geradezu wucherische Preistreiberei einzuschreiten.

Gleichzeitig empfiehlt der Wiener Stadtrat die Einsetzung einer gemeinschaftlichen Einkaufs-Kommission für die Militär- und Zivilverwaltung, da nur auf diese Weise für die Bedürfnisse der Armee und Zivilbevölkerung gleichmäßig in entsprechender Weise vorgesorgt werden kann.“

Ange-sichts der sich immer ungünstiger gestaltenden Verhältnisse habe sich der Stadtrat mit dem Beschlusse vom 12. November über die Ausführungen des Bürgermeisters zur Erklärung gezwungen gesehen, daß er jede Verantwortung für das Versäumnis der k. k. Regierung ablehnen müsse und habe ihn ersucht, diese Erklärung der k. k. Regierung mit der neuerlichen Aufforderung zur Kenntnis zu bringen, der vor vielen Wochen, am 12. August, überreichten Petition der Gemeinde Folge zu geben. Er habe sich dieser Aufgabe sofort unterzogen. Ferner sei vom Magistrate über Auftrag des Stadtrates die k. k. Regierung ersucht worden, die k. k. Statthaltereie anzuweisen, im Sinne des § 4 der kaiserlichen Verordnung vom 1. August 1914, zur Versorgung des Wiener Gemeindegebietes mit Brotfrüchten die in Böhmen und Mähren zur Verfügung stehenden Vorräte an Weizen und Roggen festzustellen und das weitere Verfahren wegen Übergabe der angesprochenen Mengen einzuleiten. Über diese Eingabe sei bisher keine Erledigung erfolgt.

Am 28. November sei die Verordnung des Handelsministers erschienen, mit der die Normen über die Bestimmung der Höchstpreise für Getreide und Mehl festgesetzt wurden. Der Stadtrat habe sich sofort veranlaßt gesehen, zu dieser Verordnung Stellung zu nehmen und beschloß in seiner Sitzung vom 3. Dezember 1914 nach einem von ihm erstatteten eingehenden Referate eine Resolution an die k. k. Regierung zu richten, in der die schweren Bedenken der Gemeinde gegen diese Art der Festsetzung der Höchstpreise in sachlicher Darlegung Ausdruck fanden und die Erwartung ausgesprochen wurde, daß die Regierung in objektiver Würdigung der Bedenken von dem ihr nach § 1 der Verordnung zustehenden Überprüfungsrecht im Sinne einheitlicher und möglichst niedriger Höchstpreise für Getreide und Mehl Gebrauch machen werde. An dieser Stelle müsse festgelegt werden, daß die Gemeinde nie um „gleiche“ Höchstpreise, sondern um „einheitliche“ Höchstpreise gebeten habe, das sind solche, bei denen die Differenzierung auf Frachttarifen und Qualität beruht. Gleichzeitig sei die Forderung nach ehester Festsetzung von Höchstpreisen für Kartoffel, Kartoffelmehl und Reismehl gestellt worden.

Einige Tage später, am 8. Dezember 1914, habe er das Ersuchen um Feststellung der verfügbaren Brot-Getreidevorräte in Böhmen und Mähren und deren Beschlagnahme für Approvisionierungszwecke der Stadt Wien wiederholt.

Am 16. Dezember habe er beim k. k. Ministerpräsidenten vorgeschlagen, um diesen zur energischen Intervention behufs Versorgung der Bevölkerung Wiens mit Mehl zu veranlassen.